

Ausschuss-Beratungen am 3. Dezember 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 3. Dezember 2025, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Weniger Bürokratie

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Bürokratie bedeutet:
Es gibt sehr viele Regeln
und sehr viel Papierarbeit.
Das belastet
Bürgerinnen und Bürger,
Unternehmen und Behörden.

Salzburg möchte weniger Bürokratie.
Es gibt schon Beispiele:
Beim Wohnen gibt es einen Beirat.
Mit dem Beirat sollen Regeln einfacher werden.
Und: Die Kosten sollen weniger werden.

Die ÖVP fordert:
Neue Regeln sollen nur kommen,
wenn sie wirklich nötig sind.

Die Landesregierung soll
bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen prüfen:

- Braucht man die Regeln wirklich?

- Können die Behörden die Aufgabe einfach und günstig erledigen?

Außerdem:

Neue Regeln sollen keine großen Belastungen bringen.

Es soll geprüft werden:

Welche Kosten bringen neue Regeln den Menschen und den Unternehmen?

TOP 2 (9:30 Uhr):

Europäische Menschenrechts-Konvention (EMRK)

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Die Europäische Menschenrechts-Konvention ist ein Vertrag.

Das sind wichtige Regeln, die die Rechte von Menschen schützen. Die Abkürzung ist EMRK.

Die FPÖ fordert:

Die Regeln der EMRK sollen neu angeschaut werden. Es soll noch einmal genau geprüft werden, ob die Regeln gut passen.

Warum?

Die EMRK gilt seit mehr als 70 Jahren. Seither hat sich viel verändert. Es gibt neue Probleme. Zum Beispiel viel Zuwanderung. Es gibt Gefahren für die Sicherheit. Es gibt Einfluss von anderen Staaten.

Neun EU-Länder wollen darüber reden, wie die EMRK heute verstanden wird.

Warum?

Die Abschiebungen von ausländischen Straftätern sollen leichter möglich sein. Die Sicherheit im Land soll stärker beachtet werden.

TOP 3 (10:30 Uhr): Pflege-Tarife

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Finanz-Ausschuss](#) diskutiert.

Senioren-Pflegeheime brauchen klare Regeln
und genug Geld.
Die Regeln stehen im Salzburger Sozialhilfegesetz
und im Salzburger Pflegegesetz.

Viele Senioren-Pflegeheime haben Probleme.
Es fehlt Geld.

Warum?
Alles ist teurer geworden.
Strom, Heizung, Essen und Personal
kosten mehr Geld.
Die Tarife für die Pflege wurden nicht genug erhöht.
Deshalb fehlt Geld.

Die SPÖ fordert:
Die Tarife sollen ab 2026 erhöht werden.
Im Jahr 2027 sollen sie noch einmal erhöht werden.
Die Tarife sollen jedes Jahr automatisch angepasst werden.

Die Pflegeheime sollen eine sichere Finanzierung
für die Zukunft bekommen.

Zum Beispiel:
Geld für moderne Technik in den Gebäuden.
Und für genug Personal.

Die Pflege muss gut bleiben.
Die Heime sollen gut weiterarbeiten können.

TOP 4 (11:30 Uhr): [Kautions-Fonds](#)

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr](#) diskutiert.

Die Kosten für das Wohnen sind hoch.
Bei Miet-Wohnungen verlangen die Vermieter oft eine Kautions.
Eine Kautions ist Geld für eine Wohnung als Sicherheit.
Zum Beispiel:
Wenn etwas kaputt geht in der Wohnung.

Die Kautions muss auf einmal gezahlt werden.
Die Kautions für eine Wohnung ist oft sehr hoch.
Viele können sich die Kautions für die Wohnung nicht leisten.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Landesregierung soll einen Kautions-Fonds einführen.
Das ist ein Topf mit Geld.
Ein Kautions-Fonds unterstützt Menschen mit wenig Geld.

Die Regeln sollen so ähnlich sein wie in der Stadt Salzburg.
In der Stadt Salzburg gibt es seit 2022 einen Kautions-Fonds.
Menschen bekommen ein Darlehen für die Kautions.
Sie müssen keine Zinsen zahlen.
Sie zahlen das Geld in kleinen Monatsraten zurück.

TOP 5 (12:00 Uhr): Schul-Workshops für Schutz vor Gewalt

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Viele Jugendliche erleben Gewalt
in ihren ersten Beziehungen.
Es gibt psychische, körperliche, sexualisierte
und finanzielle Gewalt.

Gewalt beginnt oft mit
Kontrolle, Eifersucht, digitaler Überwachung
oder Beschimpfungen.

Die GRÜNEN fordern:
Es soll Workshops für Schutz vor Gewalt geben.
Die Workshops soll es an allen Salzburger Schulen geben.
Warum?
Schulen sind wichtige Orte für Hilfe.

Dort kann man über Gewalt sprechen.
Jugendliche können lernen,
wie man sich schützt.

Außerdem:
Lehrerinnen und Lehrer sollen Schulungen bekommen.
Sie sollen sich gut mit dem Thema Schutz vor Gewalt auskennen.

TOP 6 (14:00 Uhr): Aktionsplan [ME/CFS](#)

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Die Krankheit ME/CFS können Menschen
nach einer Infektions-Krankheit bekommen.
Zum Beispiel nach einer Covid-Infektion.
In Salzburg sind mehr als 4.000 Menschen betroffen.

Es gibt einen nationalen Aktionsplan.
Das ist ein Plan für bessere Hilfe und Versorgung.
Der Plan gilt für ganz Österreich.
Der Plan wird überarbeitet.
Es dauert vielleicht lange,
bis er fertig ist.

Die GRÜNEN fordern:
Der Aktionsplan für ME/CFS soll schnell
überarbeitet werden.
Es soll NICHT lange dauern,
bis er fertig ist.

Außerdem:
In Salzburg soll es eine Anlaufstelle für Betroffene geben.
Bis jetzt gibt es KEINE Anlaufstelle.
Die Stelle soll schnell eröffnet werden.
Dort sollen Kranke und Angehörige Hilfe bekommen.

TOP 7 und TOP 8 werden gemeinsam beraten

Es geht um Preise für Energie.
Zum Beispiel für Strom, für das Heizen, für Wasser.

TOP 7 (14:30 Uhr): Netzentgelte bei der Salzburg AG

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität](#) diskutiert.

Die Salzburg AG versorgt Menschen
mit Strom, Gas, Fernwärme, Wasser,
Internet und Verkehr.

Für die Nutzung der Energie-Netze
muss man Geld zahlen.
Das sind Gebühren für Strom-, Gas- und Fernwärme-Netze.
Die Gebühren heißen Netzentgelte.

Die Salzburg AG hat im Jahr 2024 hohe Gewinne gemacht.
Gleichzeitig sind die Preise für Energie
für die Menschen höher geworden.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Versorgung mit Energie muss für alle
bezahlbar bleiben.
Die Salzburg AG soll keine Gewinne machen,
die auf Kosten der Menschen gehen.

Die Einnahmen und Ausgaben aus den Netzentgelten
sollen jedes Jahr öffentlich gemacht werden.
Sie sollen transparent sein.
Das bedeutet:
Es soll alles nachvollziehbar sein.

Die Netzentgelte sollen genau angeschaut werden.
Es soll geschaut werden,
wie sich die Gebühren auf Menschen mit wenig Geld auswirken.

Es soll ein Modell mit sozialen Stufen geben.
Menschen mit weniger Einkommen sollen weniger zahlen.

Gewinne aus Netzentgelten sollen
in nachhaltige Projekte und soziale Hilfe fließen.

TOP 8 (14:30 Uhr): Faire Preise für Energie

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch im
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Für die Menschen sind günstige,
faire und gut verständliche Preise für die Energie wichtig.
Die Salzburg AG erzeugt günstigen Strom aus Wasserkraft.
Trotzdem sind die Preise für Kundinnen und Kunden oft höher.

Die Preise sind oft schwer zu verstehen.
Es gibt Freistromtage, Rabatte, Bindungen und Preisdeckel.

Die SPÖ fordert:
Die Landesregierung soll darauf schauen,
dass die Salzburg AG faire und günstige Strompreise anbietet.

TOP 9 (15:30 Uhr): Preise für Einheimische

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch im
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Salzburg hat viele Angebote für Touristen.
Dazu gehören:
Skigebiete, Bäder und Kultur.
Tourismus bringt aber auch Nachteile für Einheimische.
Es gibt mehr Verkehr, Lärm und höhere Kosten.

Früher gab es günstigere Preise für Einheimische.
Zum Beispiel in Skigebieten.
Die günstigen Tarife gibt es nicht mehr.
Der Grund ist:
Nach EU-Regeln darf man Menschen
nicht unterschiedlich behandeln
wegen ihrer Staatsbürgerschaft.

Es gibt aber Möglichkeiten für günstige Preise.

Zum Beispiel:

In Südtirol bekommen Menschen mit bestimmten Karten
im Sommer Vergünstigungen bei vielen Seilbahnen.

Die SPÖ fordert:

Günstigen Tarife sollen wieder möglich werden.

Bei den Seilbahnen soll es wieder
günstige Karten für Einheimische geben.

TOP 10 (16:00 Uhr):

Europäisches Vermögens-Register

Der Antrag von FPÖ und ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Die EU möchte ein zentrales Register für Vermögen einführen.

Dort sollen große Werte eingetragen werden.

Zum Beispiel:

Häuser, Bankguthaben, Wertpapiere,
Firmenanteile, Kunst-Werke und Krypto-Währungen.

Das Register soll gegen Geldwäsche,
Terror-Finanzierung und Steuer-Betrug helfen.

FPÖ und ÖVP fordern:

Der Bund soll sich gegen

ein zentrales EU-Vermögens-Register aussprechen.

Es ist ein zu großer Eingriff in das Eigentum
und in das Privatleben.

Ein zentrales EU-Vermögens-Register verletzt
die Privatsphäre und das Recht auf Eigentum.

Ein zentrales Register gibt dem Staat
genaue Informationen über das Privatleben.
Das kann vielleicht Vertrauen zerstören.

TOP 11 (16:30 Uhr): Steuern für die Arbeit in der Pension

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert.

Viele Menschen in Pension sind fit.
Viele Pensionistinnen und Pensionisten
möchten weiterarbeiten.
Zum Beispiel ein paar Stunden in der Woche.

Die Bundesregierung plant einen einheitlichen Steuersatz
für die Arbeit in der Pension.
Dafür sollen einheitlich 25 Prozent Steuern bezahlt werden.
Das nennt man Flat Tax.

Die Regel soll ab 2026 gelten.
Aber das Gesetz ist noch nicht beschlossen.

Die ÖVP fordert:
Der Bund soll die Flat Tax
für arbeitende Pensionistinnen und Pensionisten einführen.
Das ist ein Vorteil für die Menschen in Pension
und ein Vorteil für die Unternehmen.

Warum?
Pensionistinnen und Pensionisten sind erfahrene Fachkräfte.
Es gibt zu wenige Fachkräfte.
Die Firmen brauchen erfahrene Menschen.

Wörterbuch:

Bürokratie:

Bürokratie bedeutet:

Es gibt viele Regeln und Formulare.

Man muss die Regeln bei den Ämtern einhalten.

Zum Beispiel:

Jemand möchte etwas beantragen oder erledigen.

Dann muss man oft Formulare ausfüllen und warten,
bis alles geprüft wird.

ME/CFS:

ME/CFS ist die Abkürzung für eine Krankheit.

CFS heißt: Chronisches Fatigue Syndrom.

Personen mit ME/CFS

fühlen sich immer sehr müde und erschöpft.

Auch wenn sie genug geschlafen haben.

Diese Müdigkeit geht nicht weg,
auch wenn man sich ausruht.

Netzentgelte:

Für die Nutzung der Energie-Netze
muss man Geld zahlen.

Das sind Gebühren für Strom-, Gas- und Fernwärme-Netze.
Die Gebühren heißen Netzentgelte.

Menschenrechte:

Die Rechte für alle Menschen heißen:
Menschenrechte.

Das bedeutet:

Menschen sind verschieden.

Aber alle Menschen sind gleich viel wert.

Ein behinderter Mensch hat die gleichen Rechte

wie ein nicht behinderter Mensch.
Die Rechte für alle Menschen heißen:
Menschenrechte.

Europäische Menschenrechts-Konvention

Kautions-Fonds:

Kautions-Fonds bedeutet:
Die Mieter bekommen ein Darlehen aus dem Kautions-Fonds.
Das ist ein Topf mit Geld.
Menschen können das Geld in Raten zurückzahlen.
Sie müssen keine Zinsen zahlen.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:

zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.